IPG

KOLUMNE 18.03.2016 | Ian Buruma

Die Referendumsfarce

Volksabstimmungen sind oft demagogisch und der Demokratie abträglich.

Referenden sind derzeit in Europa schwer in Mode. Im Juni werden die britischen Wählerinnen und Wähler entscheiden, ob Großbritannien in der Europäischen Union bleiben soll. Die ungarische Regierung hat ein Referendum über die von der EU für das Land festgelegte Quote für die Aufnahme von Flüchtlingen angesetzt. Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán hat bereits erklärt, dass Ungarn sich sträuben würde, sie ins Land zu lassen. „All die Terroristen sind im Wesentlichen Migranten", erklärte er. Die Volksabstimmung dürfte aller Voraussicht nach so ausgehen, wie Orbán sich das wünscht.

Das vielleicht seltsamste Referendum findet, nach einer erfolgreichen Petitionskampagne, im April in den Niederlanden statt. Die Frage wird lauten, ob die Niederlande einem Assoziierungsvertrag zwischen der EU und der Ukraine zustimmen sollten. Alle anderen EU-Mitgliedsländer haben bereits zugestimmt, aber ohne die Niederlande kann der Vertrag nicht ratifiziert werden.

Man könnte meinen, dass die Details von Handelsverträgen und Zollschranken mit der Ukraine die meisten niederländischen Wählerinnen und Wähler überfordern würden und sich fragen, warum ihnen dies wichtig genug ist, um ein Referendum abzuhalten. Aber Referenden passen zu der populistischen Stimmung, die derzeit viele Länder überschwemmt – von Donald Trumps USA bis hin zu Orbáns Ungarn.

Ein Referendum ist ein Beispiel für „direkte Demokratie". Die Stimme des Volkes findet dabei nicht durch seine gewählten Vertreter innerhalb der Regierung Gehör, sondern unmittelbar durch Plebiszite. Als Winston Churchill 1945 vorschlug, das britische Volk in einem Referendum über den Fortbestand der Koalitionsregierung der Kriegszeit entscheiden zu lassen, lehnte der damalige Labour-Vorsitzende Clement Attlee dies ab. Er bezeichnete Referenden als unbritisch und als „Instrument von Diktatoren und Demagogen".

Attlee hatte recht. Obwohl Referenden manchmal in repräsentativen Demokratien zum Einsatz kommen – zum Beispiel als die britischen Wählerinnen und Wähler 1975 dafür stimmten, in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu bleiben –, sind sie bei Diktatoren deutlich beliebter. Nach seinem Einmarsch in Österreich 1938 fragte Hitler die Österreicher in einem Plebiszit, ob sie von Deutschland annektiert werden wollten. Es war eine Entscheidung, bei der die Österreicher nicht wirklich Nein sagen konnten. Despoten lassen sich gern durch Plebiszite unterstützen, weil sie nicht nur vorgeben, das Volk zu repräsentieren; sie sind das Volk.

Die heutige Beliebtheit von Referenden spiegelt das Misstrauen gegenüber den politischen Repräsentanten wider.

Die heutige Beliebtheit von Referenden spiegelt das Misstrauen gegenüber den politischen Repräsentanten wider. Normalerweise wählen wir in einer freiheitlichen Demokratie Männer und Frauen, von denen wir erwarten, dass sie sich in Themen einarbeiten und über sie befinden, mit denen sich die meisten Normalbürger aus Zeitmangel und aufgrund fehlenden Wissens nicht befassen können.

Handelsverträge sind in der Regel etwas, bei dem man die Bürger nicht auffordern würde, sich direkt damit zu befassen. Ein Referendum ist normalerweise keine präzise Abfrage des rationalen Denkens der Menschen oder ein Wissenstest. In Referenden geht es um das Bauchgefühl, das von Demagogen leicht manipuliert werden kann. Darum sind sie bei Demagogen so beliebt.

Bisher verläuft die Debatte über einen möglichen „Brexit“ in Großbritannien fast ausschließlich emotional; sie konzentriert sich auf die historische Größe Großbritanniens oder umgekehrt auf Ängste, was passieren könnte, wenn am Status quo gerührt würde. Nur sehr wenige britische Wähler haben auch nur die leiseste Ahnung, wie die Europäische Kommission tatsächlich funktioniert oder welche Rolle der Europäische Rat spielt, aber die meisten haben Gefühle in Bezug auf Großbritanniens einsamen Widerstand gegen Hitler oder die Aussicht, von Einwanderern „überflutet“ zu werden.

Normalerweise stimmen die Menschen in einem Referendum über ihren Standpunkt aus Gründen ab, die kaum etwas mit der ihnen gestellten Frage zu tun haben. So könnte sich ein Teil der Wählerinnen und Wähler in Großbritannien entscheiden, die Europäische Union zu verlassen, einfach weil sie Premierminister David Cameron nicht mögen, der in der EU bleiben will. Die Wähler in den Niederlanden und in Frankreich stimmten 2005 gegen den EU-Verfassungsvertrag.

Vermutlich hatten nur sehr wenige von ihnen den Verfassungstext gelesen; er ist wirklich unlesbar. Ihr Nein beruhte auf der allgemeinen Unzufriedenheit mit den mit „Brüssel“ assoziierten politischen Eliten.

Normalerweise stimmen die Menschen in einem Referendum über ihren Standpunkt aus Gründen ab, die kaum etwas mit der ihnen gestellten Frage zu tun haben.

Dies war in gewisser Weise verständlich – und nicht unberechtigt. Die Verhandlungen innerhalb der EU sind komplex und für die meisten Menschen undurchschaubar, und die EU-Institutionen sind weit weg. Es ist daher kein Wunder, dass viele Bürgerinnen und Bürger das Gefühl haben, sie hätten die Kontrolle über ihre politischen Angelegenheiten verloren. Die demokratischen nationalen Regierungen scheinen immer machtloser zu sein, und die EU ist keine Demokratie. Der Wunsch nach Referenden ist nicht bloß ein Zeichen innenpolitischer Spaltungen; er ist ein weiteres Symptom für die weltweite populistische Forderung, „sich sein Land zurückzuholen“.

Dies ist möglicherweise zum größten Teil Selbsttäuschung (außerhalb der EU könnte Großbritannien tatsächlich weniger Macht über sein Schicksal haben, als wenn es in der EU bleibt), aber man muss die Vertrauenskrise ernst nehmen. Schließlich sind, auch wenn Referenden häufig unseriös sind, ihre Folgen durchaus ernst zu nehmen. Was in der Ukraine passiert, ist wichtig. Ein britischer Ausstieg aus der EU könnte verheerende Folgen nicht nur für Großbritannien, sondern auch für das übrige Europa haben. Das Beispiel einer erfolgreichen Weigerung Ungarns, bei der Lösung der Flüchtlingskrise mitzuarbeiten, könnte andere Länder ermuntern, seinem Beispiel zu folgen.

Das grundlegende Problem ist, dass sich eine große Zahl von Menschen von der Politik nicht mehr vertreten fühlt. Alte Parteien, die von alten Eliten geführt werden und traditionelle Netzwerke nutzen, vermitteln vielen Bürgern nicht mehr das Gefühl von demokratischer Teilhabe. Der außergewöhnliche Einfluss einer Handvoll Milliardäre in den USA und der Mangel an Transparenz in der Politik der EU verschärfen dieses Problem.

Direkte Demokratie wird das Vertrauen der Menschen in ihre politischen Vertreter nicht wiederherstellen. Aber wenn nicht wieder ein größeres Maß an Vertrauen hergestellt wird, wird die Macht jenen Führern zufallen, die vorgeben, mit der Stimme des Volkes zu sprechen. Und daraus ist noch nie etwas Gutes entstanden.

(c) Project Syndicate



Ian Buruma
New York

Ian Buruma ist Professor für Demokratie, Menschenrechte und Journalismus am *Bard College*. Er ist der Autor zahlreicher Bücher, u.a. *Murder in Amsterdam: The Death of Theo Van Gogh and the Limits of Tolerance* sowie *Taming the Gods: Religion and Democracy on Three Continents*.

12 LESERBRIEFE

Winfried Heidemann schrieb am 22.03.2016

"Despoten lassen sich gern durch Plebiszite unterstützen, weil sie nicht nur vorgeben, das Volk zu repräsentieren; sie sind das Volk." Das muss man aktuell nicht nur gegen Pegida und AfD, sondern auch gegen Grüne und Teile der SPD einwenden.

Andrea aus+Bremen schrieb am 22.03.2016

Selten einen Text gelesen, dem ich so rückhaltlos

zustimmen kann. Der Ruf nach Plebisziten ist entweder dumm oder unehrlich.
Der Verlust der Bodenhaftung der Politik ist wesentliche Ursache für das aktuelle Chaos in den westlichen Demokratien. Volksvertreter, die nicht am Wunsch und Willen des Volkes, das sie vertreten interessiert sind, sind Totengräber der Demokratie.

Holger Tschierschke schrieb am 22.03.2016

Danke, endlich spricht es mal einer aus. Diese Form der direkten "Demokratie" hat bisher nur zu populistischen Ergebnissen geführt (z.B. Primarschule in Hamburg) und wird von denjenigen bestimmt die sowohl die kommunikativen wie auch die finanziellen Möglichkeiten haben eine Kampagne durchzuführen. Wenn wir über jeden "Furz" demnächst das Volk abstimmen lassen, werden zeitliche Abläufe in der Politik noch länger. Ob das dann dem Bürger gefällt?

Klara schrieb am 22.03.2016

Dieses grundsätzliche Herummäkeln an Volksabstimmungen teile ich nicht. Demokratie-

schädlich sind sie dann, wenn sie nur dann eingesetzt werden, wenn's den Mächtigen gerade passt - und ohne jede institutionelle Absicherung. Die vom Autor gewählten Beispiele passen fast alle in diese Kategorie. Volksabstimmungen, die in Verfassungen verankert und durch Gesetze präzisiert sind (nach Gegenstand, Verfahren und Umsetzungsmodalitäten) befürworte ich sehr. Die Schweizer sind ein gutes Beispiel für diese Form. Keine Frage, auch da gefallen mir so manche Entscheidungen NICHT.
Aber das gilt auch für Entscheidungen von Volksvertretern!!!

Erwin Weiss schrieb am 22.03.2016

Nicht nur die Demagogen lieben Volksentscheide. Die Medienvertreter lieben sie ganz besonders, können sie doch die Volksmeinung am besten mitbestimmen. Nur deshalb wird behauptet, die direkte Demokratie wäre die wahre Demokratie. In Wirklichkeit gibt es für 'demos kratein' auch die Bedeutung von Volkskontrolle und nicht nur von Volksherrschaft. Die Volkskontrolle wird durch die Vertreterwahl ausgeübt, weil diese Vertreter abgewählt werden können. Die Frage ist, wer beherrscht

die Medien bei uns? In Russland zeigt gegenwärtig Putin, wie man die Medien beherrschen kann. Er würde auch jederzeit vom Volk gewählt, wie Hitler, der über das damals neue Medium Radio bestimmen konnte.

RU Beck schrieb am 23.03.2016

Das ist kein grundsätzlicher Text über die direkte Demokratie, sondern lediglich ein Blitzlicht auf Referenden, von oben angesetzte Volksentscheide. Die benannten Risiken sind nicht übertragbar auf die direkte Demokratie allgemein: Bürger- und Volksbegehren sind zuallerst Instrumente in Bürgerhand. Sie ermöglichen dem Volk, wenn sie fair geregelt sind, per Unterschriftensammlung eine Entscheidung zu erzwingen. So kann Politik korrigiert oder es kann ein Thema besetzt werden, dem sich die Politik verweigert. Die direkte Demokratie kann damit die Politik in der Nähe der Interessen des Volkes halten. Perspektivisch sorgt sie also dafür, die repräsentative Demokratie repräsentativer zu machen. Sie ist ein Beet, auf dem Vertrauen in die Demokratie wieder wachsen kann.

Uwe Miltsch schrieb am 23.03.2016

Die Analyse ist m.E. nach unzureichend. Die Skepsis gegen Volksabstimmungen ist nicht unberechtigt.
Aber viele Bürger haben eben nicht nur das "Gefühl" das politische Entscheidung ihrer Abgeordneten, bzw. der von diesen getragenen Regierung, nicht ihren Interessen entsprechen sondern denen der Banken und Konzerne.
Nicht zu vergessen die - aus meiner Sicht - schon peinliche Unterordnung gegenüber den USA.
Vor diesem Hintergrund können Plebiszite ein Teil der Gegenwehr sein.

Georg Miscias schrieb am 24.03.2016

Uwe Miltsch. Ihr Beitrag bestätigt sehr gut die Argumentation des Verfassers. Denn "Gegenwehr", "gefühlte Verantwortungslosigkeit" sollten eben keine Grundlagen für Plebiszite sein, wenn sie auch nur halbwegs in eine verantwortungsvolle Entscheidung münden sollten. Das war sehr gut bei Stuttgart 21 zu sehen. Der Schrei nach einem Volksentscheid durch die unverzeihlichen Fehler der damaligen Landesregierung war sachlich falsch. Es gab bereits ein demokratisches

Verfahren. Wenn die "Wutbürger" (-> Emotion statt Sachdebatte) erst aufwachen, wenn die Bagger rollen, ist das deren persönliches Problem. Und so fiel auch die kindische Reaktion nach dem erwartbaren Ergebnis aus: "Wir protestieren trotzdem weiter". Ergo: Demokratie nicht verstanden.

Georg Mischcias schrieb am 24.03.2016

Uwe Miltsch. Ihr Beitrag bestätigt sehr gut die Argumentation des Verfassers. Denn "Gegenwehr", "gefühlte Verantwortungslosigkeit" sollten eben keine Grundlagen für Plebiszite sein, wenn sie auch nur halbwegs in eine verantwortungsvolle Entscheidung münden sollten. Das war sehr gut bei Stuttgart 21 zu sehen. Der Schrei nach einem Volksentscheid durch die unverzeihlichen Fehler der damaligen Landesregierung war sachlich falsch. Es gab bereits ein demokratisches Verfahren. Wenn die "Wutbürger" (-> Emotion statt Sachdebatte) erst aufwachen, wenn die Bagger rollen, ist das deren persönliches Problem. Und so fiel auch die kindische Reaktion nach dem erwartbaren Ergebnis aus: "Wir protestieren trotzdem weiter". Ergo: Demokratie nicht verstanden.

Uwe Miltsch schrieb am 25.03.2016

Georg Mischcias. Sie ignorieren das Dilemma das entsteht, wenn die gewählten Repräsentanten eben nicht mehr ihre Wähler, sondern Lobbyinteressen vertreten. Das hat mit den zutreffend beschriebenen Spießbürgern nichts zu tun.
Ein politischer Prozess kann durchaus die Forderung nach einem Plebiszit enthalten und damit entschieden werden. Sie können oder wollen offenbar weder das o.g. Problem noch die Gründe für die Krise der repräsentativen Demokratie (Wahlbeteiligung, Erfolge von "Protestparteien" usw.) zur Kenntnis nehmen. Eine sachliche Debatte ist erst danach möglich und vielleicht sinnvoll.

Nicht Wahr schrieb am 27.03.2016

Dass Volksabstimmungen die Demokratie nachhaltig zerstören und meist von Diktatoren genutzt werden sieht man doch eindeutig am Beispiel der Schweiz.

Und herzlichen Dank nochmal: die "Diktatoren", die die meisten Referenden einfordern sind in meinem

regionalen Umfeld die Grünen. Schön, daß die endlich mal richtig erkannt wurdfen.

Theobald schrieb am 30.03.2016

Die Problematik bei den Volksabstimmungen liegt nicht bei dem Unvermoegen der Beurteilung durch den einzelnen Menschen. Die Problematik liegt bei der tausendjaehrigen Entmuendigung des Einzelnen durch irgendwelche Politikkonstrukte, auch durch die sogenannte Demokratie.
Das Thing der Germanen ermoeglichte jedem eine Meinungsbildung und die entsprechende Abstimmung. Mit Computer und Internet ist die Organisation eines Things fuer grosse Bevoelkerugen problemlos moeglich. Direkte Abstimmung als Standdartprozedur gewoehnt die Menschen daran und sie werden verantwortlich abstimmen. Die Problematik von Bauchgefuehl/Emotionen und Missbrauch durch Demagogen ist nur dort gegeben, wo Volksabstimmungen einmalige Ereignisse sind. Als Regelinstrument wird es gut funktionieren.